

Stoffplan

für die

Arbeitsgemeinschaft

1 Strafrecht

Stand:

März 2020

 INHALT

Inhaltsverzeichnis	1
Vorbemerkung	6
Stoffplan für die strafrechtliche Ausbildung	8
A. Allgemeines	8
I. Die Organe der Strafrechtspflege	8
1. Der Richter	8
2. Der Staatsanwalt	8
3. Überlegungen im Rechtsmittelverfahren	8
II. Die Abschnitte des Strafverfahrens	8
1. Ermittlungsverfahren (§§ 158 ff. StPO)	8
2. Gerichtliches Verfahren	8
3. Vollstreckungsverfahren (§§ 449 ff. StPO)	8
III. Die Tat im Sinn des § 264 StPO	9
B. Das Ermittlungsverfahren	10
I. Einleitung des Ermittlungsverfahrens	10
1. Auf Anzeige	10
2. Von Amts wegen	10
II. Zielsetzung des Ermittlungsverfahrens; Grundsätze für Einleitung und Durchführung des Ermittlungsverfahrens	10
1. Zielsetzung des Ermittlungsverfahrens	10
2. Anklagemonopol (§ 152 Abs. 1 StPO)	10
3. Legalitätsprinzip (§ 152 Abs. 2 StPO)	10
4. Oficialprinzip (§ 152 Abs. 1 StPO)	10
5. Untersuchungsgrundsatz (§ 160 StPO)	10
6. Beschleunigungsgebot, insbesondere in Haftsachen	10

III. Mögliche Maßnahmen der Staatsanwaltschaft	11
1. Grundsätze	11
2. Vornahme eigener Ermittlungen	11
3. Ermittlungsaufträge an Behörden und Beamte des Polizeidienstes (§ 161 StPO)	11
4. Anträge an den Ermittlungsrichter (§ 162 StPO)	11
5. Mitwirkungspflicht öffentlicher Behörden (§ 161 StPO)	11
6. Fahndungsmaßnahmen	11
7. Auskunft aus dem Bundeszentralregister, Erziehungsregister und Fahreignungsregister	11
IV. Richterliche Untersuchungshandlungen im Ermittlungsverfahren (§ 162 StPO)	11
V. Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren	11
1. Die einzelnen Maßnahmen	11
2. Verwertungsfragen und Rechtsbehelfe	12
VI. Das Recht der Untersuchungshaft	12
1. Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls nach §§ 112 ff. StPO	12
2. Inhalt des Haftbefehlsantrags (§ 114 StPO)	12
3. Das Verfahren bei Festnahme	12
4. Der Vollzug der Untersuchungshaft (§ 119 StPO)	12
5. Rechtsbehelfe gegen die Anordnung der U-Haft	12
VII. Der Strafverteidiger im Ermittlungsverfahren unter besonderer Berücksichtigung von Durchsuchung, Beschlagnahme und Untersuchungshaft	12
1. Informationsbeschaffung	12
2. Verteidigungsstrategien im Ermittlungsverfahren	12
3. Die U-Haft aus der Sicht der Verteidigung	13
VIII. Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft	13
1. Entscheidungsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft	13
2. Absehen von der Verfolgung (ohne Ermittlungen)	13
3. Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO	13
4. Einstellung auf Grund Opportunitätsprinzips nach §§ 153, 153 a StPO	13
5. Ausscheidung von Unwesentlichem (§§ 154, 154 a StPO, Nrn. 101, 101 a RiStBV)	13
6. Weitere Einstellungsmöglichkeiten auf Grund des Opportunitätsprinzips §§ 153 b, 154 b StPO	13
7. Die vorläufige Einstellung, § 154 f StPO, § 205 StPO (Nr. 104 RiStBV)	13
8. Mitteilung der Einstellungsverfügung	13
9. Rechtsbehelfe gegen Einstellung	14
10. Erhebung der öffentlichen Klage	14

C. Der Ablauf des Strafverfahrens im ersten Rechtszug bis zur Urteilsverkündung	15
I. Die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens	15
1. Akkusationsprinzip (§ 151 StPO)	15
2. Die Behandlung der Anklage bis zur Vorlage an den Richter	15
3. Mitteilung der Anklageschrift und Möglichkeiten des Angeklagten, auf den Verfahrensablauf Einfluss zu nehmen (§ 201 StPO)	15
4. Zuständigkeitsprüfung durch den Richter	15
5. Vorbereitende Maßnahmen	15
6. Beschluss über Ablehnung der Eröffnung (§ 204 StPO)	15
7. Beschluss über die Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 207 StPO)	15
8. Anfechtung der Entscheidung über die Eröffnung	15
II. Besonderheiten des beschleunigten Verfahrens (§§ 417 ff. StPO; Nr. 146 RiStBV)	16
III. Vorbereitung der Hauptverhandlung, §§ 213 ff. StPO	16
IV. Die Durchführung der Hauptverhandlung	16
1. Verfahrensgrundsätze	16
2. Verfahrensbeteiligte und ihre Stellung	16
3. Protokollführung in Strafsachen (§§ 271 - 274 StPO)	17
4. Ablauf der Hauptverhandlung (§ 243 StPO)	17
5. Recht der Beweisaufnahme	18
6. Folgen der Unzuständigkeit, §§ 269, 270 StPO	18
V. Vorbereitung und Durchführung der Hauptverhandlung aus der Sicht des Strafverteidigers	18
1. Technische Vorbereitung	18
2. Überprüfung und Festlegung des Aussageverhaltens mit dem Mandanten	18
3. Möglichkeit der unmittelbaren Ladung durch den Angeklagten (§§ 218 ff. StPO)	18
4. Anträge zu Beginn der Hauptverhandlung	19
5. Mündliche oder schriftliche Einlassung zur Sache; Eröffnungserklärung	19
6. Beweisantragsrecht	19
7. Zeugenvernehmung	19
8. Erklärungsrechte des Verteidigers gem. § 257 Abs. 2 StPO	19
9. Verständigung	19
10. Der Schlussvortrag	19
11. Vorbereitung des Mandanten auf das letzte Wort	19

D. Das Plädoyer/Urteil in Strafsachen	20
I. Urteilsarten	20
II. Form und Inhalt der verurteilenden Entscheidung	20
1. Bestandteile des Urteils	20
2. Tenorierungsprobleme	20
3. Aufbau und Stil der Urteilsgründe	20
4. Grundfragen der Strafzumessung	20
III. Form und Inhalt des freisprechenden Urteils	21
1. Bestandteile des Urteils	21
2. Aufbau und Stil der Urteilsgründe	21
IV. Form und Inhalt des teilweisprechenden Urteils	21
1. Bestandteile des Urteils	21
2. Aufbau und Stil der Urteilsgründe	21
V. Einstellungsurteil	21
VI. Die Rechtskraft und ihre Durchbrechung	21
1. Formelle Rechtskraft	21
2. Materielle Rechtskraft	21
3. Durchbrechung der Rechtskraft	21
E. Die Rechtsmittel im Strafprozess	22
I. Berufung (Grundzüge)	22
1. Wesen	22
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	22
3. Ablauf des Berufungsverfahrens	22
4. Grundfragen der Antragstellung	22
II. Revision	23
1. Wesen	23
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	23
3. Begründetheit der Revision	23
4. Ablauf des Revisionsverfahrens, §§ 350 ff. StPO	23

5. Arten, Inhalt und Form der Entscheidung	23
6. Bindungswirkung, § 358 StPO, Teilrechtskraft	23
III. Beschwerde (Grundzüge)	
1. Wesen	24
2. Arten	24
3. Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsbehelfen	24
4. Zulässigkeitsvoraussetzungen	24
5. Ablauf des Beschwerdeverfahrens	24
6. Entscheidung	24
F. Besondere Verfahrensarten	
I. Strafbefehlsverfahren (§§ 407 - 412 StPO)	25
1. Voraussetzungen (Nrn. 175 - 177 RiStBV)	25
2. Entscheidung über den Strafbefehlsantrag durch den Richter	25
3. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Richters	25
4. Wirkung des Strafbefehls, Rechtskraft (§ 410 Abs. 3 StPO)	25
5. Wiedereinsetzung bei Versäumung der Einspruchsfrist (§ 44 StPO) und	
6. Wiedereinsetzungsverfahren (§§ 45 ff. StPO)	25
II. Nebenklage (§§ 395 - 402 StPO)	
1. Bedeutung der Nebenklage	25
2. Voraussetzungen für den Anschluss	25
3. Form der Anschlussklärung	25
4. Zulassung der Nebenklage	25
5. Folgen fehlerhafter Entscheidungen bei der Zulassung der Nebenklage	25
6. Stellung des Nebenklägers im Verfahren	25
7. Nebenklage im Rechtsmittelverfahren	25

Vorbemerkung

Dieser Stoffplan umfasst die Rechtsgebiete, die gemäß § 58 Abs. 2, § 18 Abs. 2 JAPO zur Ausbildung der Rechtsreferendare in der strafrechtlichen Arbeitsgemeinschaft 1 der Justiz - nicht des Pflichtwahlpraktikums - gehören.

Er befasst sich bewusst nicht mit dem materiellen Strafrecht, sondern nur mit dem Verfahrensrecht, das anders als in der Ersten Juristischen Staatsprüfung in der Zweiten Juristischen Staatsprüfung Prüfungsstoff ist. Diese Konzentration besagt aber nicht, dass die Verfasser des Stoffplans dem materiellen Strafrecht für den Unterricht in den Arbeitsgemeinschaften keine Bedeutung beimessen. Die Wiederholung und Vertiefung des materiellen Strafrechts ist für die Vorbereitung auf das Zweite Juristische Staatsexamen von großer Wichtigkeit.

Die Gestaltung des Unterrichts im Einzelnen, insbesondere die Festlegung der Reihenfolge der Themenbehandlung sowie deren sachliche und zeitliche Gewichtung liegen in der Verantwortung der Arbeitsgemeinschaftsleiter. Hierbei soll der Kenntnis- und Ausbildungsstand der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft berücksichtigt werden. Soweit verschiedene Arbeitsgemeinschaftsleiter in einer Arbeitsgemeinschaft unterrichten, stimmen diese Zeitpunkt und Gestaltung des Unterrichts untereinander ab; die Koordination übernimmt der für diese Arbeitsgemeinschaft verantwortliche Arbeitsgemeinschaftsleiter aus der Justiz.

Die strafrechtliche Ausbildung (einschließlich Einführungslehrgang) umfasst regelmäßig 130 Unterrichtsstunden. Zusätzlich werden mindestens 3 Pflichtklausuren geschrieben und besprochen.

Zu Beginn der strafrechtlichen Ausbildung findet der Einführungslehrgang statt. Dessen Ziel ist es, den Rechtsreferendaren den Ablauf eines typischen Strafverfahrens anhand praktischer Fälle nahe zu bringen. Nach seinem Ab-

schluss sollen die Referendare in der Lage sein, eigenständig praktische Entwürfe (Abschlussverfügungen, Anklageschriften, Urteile) zu fertigen.

Ferner werden die Referendare auf ein eigenständiges Auftreten als Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft vorbereitet sowie mit der Rolle des Strafverteidigers in der Sitzung vertraut gemacht.

Der Einführungslehrgang umfasst unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten regelmäßig 50 Unterrichtsstunden. In ihm sollen unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten folgende Themenkreise behandelt werden:

1. Das Ermittlungsverfahren
2. Die abschließenden Verfügungen des Staatsanwalts
3. Eröffnungsverfahren, Vorbereitung der Hauptverhandlung
4. Die Hauptverhandlung
5. Richterliche Schlussentscheidungen
6. Rolle des Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft sowie des Strafverteidigers in der Hauptverhandlung.

Zur praxisnahen Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft 1 können Sonderveranstaltungen hinzukommen, etwa weitere Lehrveranstaltungen durch Rechtsanwälte zu in diesem Stoffplan nicht genannten Aspekten der Anwaltstätigkeit, der Besuch einer Justizvollzugsanstalt oder eines Polizeipräsidiums, Informationsbesuche beim Bundesgerichtshof oder Bundesverfassungsgericht oder vergleichbare Veranstaltungen, die mit Ausbildungsinhalt und -zweck unmittelbar verbunden sind.

Stoffplan

A. Allgemeines

I. Die Organe der Strafrechtspflege

1. Der Richter

a) Begriffe

Strafrichter, Schöffengericht, erweitertes Schöffengericht (§ 29 Abs. 2 GVG), allgemeine und besondere Strafkammer, Strafvollstreckungskammer, Strafsenat, Ergänzungsrichter, beauftragter und ersuchter Richter (§§ 223 - 225 StPO), Ermittlungsrichter (§§ 162, 165 StPO, § 21 e GVG), Schöffenliste, Schöffenvwahl (§§ 30 ff., 77 GVG)

b) Gesetzlicher Richter und Geschäftsverteilungsplan

2. Der Staatsanwalt

- a) Aufbau und Organisation der Staatsanwaltschaft
- b) Abgrenzung zur polizeilichen Zuständigkeit (§§ 161, 163 StPO)
- c) Stellung des Staatsanwalts in den verschiedenen Verfahrensabschnitten, insbesondere Auftreten des Staatsanwalts in der Hauptverhandlung
- d) Unabhängigkeit gegenüber dem Gericht (§ 150 GVG)
- e) Bedeutung der RiStBV, der §§ 12 ff. EGGVG und des BZRG für die Tätigkeit des Staatsanwalts

3. Überlegungen im Rechtsmittelverfahren

II. Die Abschnitte des Strafverfahrens

1. Ermittlungsverfahren (§§ 158 ff. StPO)

2. Gerichtliches Verfahren

- a) Eröffnungsverfahren (§§ 199 ff. StPO)
- b) Hauptverfahren (§§ 213 ff. StPO)

3. Vollstreckungsverfahren (§§ 449 ff. StPO)

III. Die Tat im Sinn des § 264 StPO

1. Die in der Anklage bezeichnete Tat
2. Verhältnis zur Tat im materiell-rechtlichen Sinn (§§ 52, 53 StGB)
3. Umgestaltung der Strafklage (§ 265 StPO)
4. Nachtragsanklage (§ 266 StPO)

B. Das Ermittlungsverfahren

I. Einleitung des Ermittlungsverfahrens

1. Auf Anzeige

- a) Anzeige im Sinn von § 158 Abs. 1 StPO
- b) Anzeige und Strafantrag
- c) Amtsanzeigen der Polizei (§ 163 StPO) und Mitteilungen nach § 183 GVG

2. Von Amts wegen

II. Zielsetzung des Ermittlungsverfahrens; Grundsätze für Einleitung und Durchführung des Ermittlungsverfahrens

1. Zielsetzung des Ermittlungsverfahrens

- a) Grundlage für abschließende Verfügung
- b) Sammlung gerichtsverwertbarer Beweise

2. Anklagemonopol (§ 152 Abs. 1 StPO)

3. Legalitätsprinzip (§ 152 Abs. 2 StPO)

Ausnahmen vom Legalitätsprinzip:

- a) Privatklagedelikte (§ 376 StPO; Nrn. 86, 87 RiStBV)
- b) Opportunitätsprinzip (§§ 153 ff. StPO)

4. Offizialprinzip (§ 152 Abs. 1 StPO)

5. Untersuchungsgrundsatz (§ 160 StPO)

6. Beschleunigungsgebot, insbesondere in Haftsachen

Vgl. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 MRK

III. Mögliche Maßnahmen der Staatsanwaltschaft

1. Grundsätze

2. Vornahme eigener Ermittlungen

Insbesondere Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen (§ 161 a StPO)

Vernehmung von Beschuldigten (§ 163 a StPO)

3. Ermittlungsaufträge an Behörden und Beamte des Polizeidienstes (§ 161 StPO)

4. Anträge an den Ermittlungsrichter (§ 162 StPO)

5. Mitwirkungspflicht öffentlicher Behörden (§ 161 StPO)

a) Auskunftspflicht

b) Beschlagnahme von Behördenakten

6. Fahndungsmaßnahmen

a) Verdeckter Ermittler (§ 110 a StPO) und V-Mann-Problematik

b) Observationen (§ 163 f StPO)

c) Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung und zur Festnahme (§§ 131-131 c StPO, Nrn. 39 ff. RiStBV)

7. Auskunft aus dem Bundeszentral-, Erziehungs- und Fahreignungsregister

IV. Richterliche Untersuchungshandlungen im Ermittlungsverfahren (§ 162 StPO; bei richterlichen Vernehmungen: §§ 136, 136 a StPO)

V. Zwangsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren

1. Die einzelnen Maßnahmen

Anstaltsuntersuchung (§ 81 StPO)

Körperliche Untersuchung, Blutprobe (§ 81 a StPO)

Lichtbilder und Fingerabdrücke (§ 81 b StPO)

Untersuchung „anderer Personen“ (§ 81 c StPO)

DNA-Analyse (§§ 81 e-g StPO)

Beschlagnahme (§§ 94 ff. StPO)

Durchsuchungen (§§ 102 ff. StPO)

Überwachung der Telekommunikation einschl. Quellen-TKÜ (§ 100 a StPO)

Online-Durchsuchung (§ 100 b StPO)

Akustische Wohnraumüberwachung (§ 100c StPO)

Auskunft über Telekommunikationsverbindung und IMSI-Catcher (§§ 100 g, i und j StPO)

Weitere Maßnahmen, insbes. Bildaufnahmen und Verwendung technischer Mittel (§ 100 h StPO)

Vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 111 a StPO)

Beschlagnahme **und Vermögensarrest** (§§ 111 b ff. StPO)

Vorläufige Festnahme (§ 127 StPO)

Hauptverhandlungshaft (§ 127 b StPO)

2. Verwertungsfragen und Rechtsbehelfe

VI. Das Recht der Untersuchungshaft

1. Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls nach §§ 112 ff. StPO

- a) Dringender Tatverdacht (§ 112 Abs. 1 StPO)
- b) Haftgrund (§§ 112 Abs. 2, 112 a StPO)
- c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§§ 112 Abs. 1 Satz 2, 113, 120, 121 StPO)

2. Inhalt des Haftbefehlsantrags (§ 114 StPO)

3. Das Verfahren bei Festnahme

- a) Auf Grund eines Haftbefehls (§§ 114 a ff. StPO)
- b) Ohne Vorliegen eines Haftbefehls (§ 128 StPO)

4. Der Vollzug der Untersuchungshaft (§ 119 StPO)

5. Rechtsbehelfe gegen die Anordnung der U-Haft

- a) Haftprüfung (§ 117 StPO)
- b) Haftbeschwerde (§§ 304 ff. StPO)
- c) Haftprüfung durch das Oberlandesgericht nach 6 Monaten (§ 121 StPO; Nr. 56 RiStBV)

VII. Der Strafverteidiger im Ermittlungsverfahren unter besonderer Berücksichtigung von Durchsuchung, Beschlagnahme und Untersuchungshaft

1. Informationsbeschaffung

- a) Akteneinsicht
- b) Unterredung mit dem Mandanten
- c) Eigene Ermittlungen
 - Rechtliche Zulässigkeit
 - Beauftragung von Sachverständigen
 - Befragung von Zeugen

2. Verteidigungsstrategien im Ermittlungsverfahren

- a) Schweigen des Beschuldigten
- b) Einlassung des Beschuldigten
- c) Beantragung von Ermittlungen
- d) Teilnahme an Ermittlungen
- e) Kontaktaufnahme mit dem Geschädigten
- f) Anfertigung einer Verteidigungsschrift

3. Die U-Haft aus der Sicht der Verteidigung

- a) **Kontaktaufnahme**
 - Bei vorläufiger Festnahme
 - Bei Haftbefehlseröffnung
- b) **Verteidigungsmöglichkeiten gegen den dringenden Tatverdacht**
- c) **Verteidigungsmöglichkeiten gegen die Haftgründe**
- d) **Pflichtverteidigung im Ermittlungsverfahren (§ 141 Abs. 3 StPO)**

VIII. Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft

1. **Entscheidungsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft**
Allgemeines, Prozessvoraussetzungen und Verfahrenshindernisse
2. **Absehen von der Verfolgung (§ 152 II StPO)**
3. **Einstellung nach § 170 Abs. 2 StPO**
(mit Verweisung auf den Privatklageweg)
 - a) Voraussetzungen
 - b) Form und Inhalt der Einstellungsverfügung
 - c) Teileinstellung, Aktenvermerk
4. **Einstellung auf Grund Opportunitätsprinzips nach §§ 153, 153 a StPO**
 - a) Verhältnis von § 170 Abs. 2 StPO zu §§ 153 ff. StPO
 - b) Voraussetzungen
 - c) Wirkung
5. **Ausscheidung von Unwesentlichem (§§ 154, 154 a StPO, Nrn. 101, 101 a RiStBV)**
 - a) Verhältnis von § 154 StPO zu § 154 a StPO
 - b) Voraussetzungen
 - c) Wirkung der Einstellung
6. **Weitere Einstellungsmöglichkeiten auf Grund des Opportunitätsprinzips
§§ 153 b, 154 b StPO**
7. **Die vorläufige Einstellung, § 154 f StPO, § 205 StPO (Nr. 104 RiStBV)**
8. **Mitteilung der Einstellungsverfügung**
 - a) An den Beschuldigten (§ 170 Abs. 2 Satz 2 StPO; Nrn. 88, 91 Abs. 1 RiStBV)
 - b) An den Anzeigerstatter (§ 171 Abs. 1 Satz 1 StPO; Nrn. 89, 91 Abs. 2 RiStBV)
 - c) Beschwerdebelehrung (§ 172 Abs. 2 Sätze 1, 3 StPO)

9. Rechtsbehelfe gegen Einstellung

- a) **Aufsichtsbeschwerde**
- b) **Klageerzwingungsverfahren (§ 172 Abs. 2 - 4 StPO)**
 - (1) „Vorschaltbeschwerde“ nach § 172 Abs. 1 StPO
 - (2) Antrag auf Entscheidung (§ 172 Abs. 2 Satz 1 StPO)
 - (3) Verfahren und Entscheidung des Oberlandesgerichts (§§ 173 ff. StPO)

10. Erhebung der öffentlichen Klage

- a) **Der Abschlussvermerk (§ 169 a StPO; Nrn. 109, 175 Abs. 1 RiStBV)**
- b) **Arten der Anklageerhebung**
 - (1) Einreichung einer Anklageschrift (§§ 170 Abs. 1, 200 StPO)
 - (2) Antrag auf Erlass eines Strafbefehls (§ 407 Abs. 1 StPO)
 - (3) Antrag auf Aburteilung im beschleunigten Verfahren (§ 417 StPO)
 - (4) Erhebung einer Nachtragsanklage (§ 266 StPO)
- c) **Der notwendige Inhalt der Anklageschrift**
(§ 200 StPO; Nr. 110 ff. RiStBV)
 - (1) **Anklagesatz**
 - Sachverhaltsschilderung
 - Die gesetzlichen Merkmale der Straftat
 - Rechtliche Bezeichnung des Deliktes
 - Angabe der Paragraphen
 - (2) **Das wesentliche Ergebnis der Ermittlungen**
 - (3) **Angabe des zuständigen Gerichts**
 - (4) **Angabe der Beweismittel**
 - (5) **Unterschrift des Staatsanwalts**
- d) **Der Antrag auf Erlass eines Strafbefehls**
 - (1) Zulässigkeit (§ 407 Abs. 1 StPO)
 - (2) Geeignete Fälle für das Strafbefehlsverfahren
(Nrn. 175 Abs. 2 - 4, 175 a RiStBV)
 - (3) Inhalt (Nr. 177 RiStBV)
 - (4) Abweichungen von der Fassung der Anklageschrift

C. Der Ablauf des Strafverfahrens im ersten Rechtszug bis zur Urteilsverkündung

I. Die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens

1. **Akkusationsprinzip (§ 151 StPO)**
2. **Die Behandlung der Anklage bis zur Vorlage an den Richter**
3. **Mitteilung der Anklageschrift und Möglichkeiten des Angeklagten, auf den Verfahrensablauf Einfluss zu nehmen (§ 201 StPO)**
4. **Zuständigkeitsprüfung durch den Richter**
 - a) Örtliche Zuständigkeit des Gerichts (§§ 7 ff. StPO)
 - b) Sachliche Zuständigkeit des Gerichts (§§ 22 ff. GVG, § 6 StPO)
 - c) Eröffnungszuständigkeit (§§ 209, 209 a StPO)
 - d) Verweisungsmöglichkeiten
5. **Vorbereitende Maßnahmen**
 - a) Durchführung einzelner Beweiserhebungen (§ 202 StPO)
 - b) Behandlung von Mängeln der Anklageschrift
6. **Beschluss über Ablehnung der Eröffnung (§ 204 StPO)**
 - a) Aus tatsächlichen Gründen
 - b) Aus rechtlichen Gründen
 - c) Wirkung der Ablehnung (§ 211 StPO)
7. **Beschluss über die Eröffnung des Hauptverfahrens (§ 207 StPO)**
 - a) Bedeutung für das weitere Verfahren
 - b) Fehlender oder fehlerhafter Eröffnungsbeschluss
 - c) Eröffnung abweichend vom Antrag der Staatsanwaltschaft
 - d) Entscheidung über die Haft des Angeklagten (§ 207 Abs. 4 StPO)
 - e) Zustellung (§ 215 StPO)
8. **Anfechtung der Entscheidung über die Eröffnung**

II. Besonderheiten des beschleunigten Verfahrens (§§ 417 ff. StPO; Nr. 146 RiStBV)

III. Vorbereitung der Hauptverhandlung, §§ 213 ff. StPO

1. Terminsbestimmung durch den Richter
2. Durchführung der Ladung und Herbeischaffung der als Beweismittel dienenden Gegenstände (§§ 214 ff. StPO; Nrn. 116 - 118 RiStBV) einschließlich der zu beachtenden Fristen
3. Mitteilung der Besetzung des Gerichts (§ 222 a StPO)
4. Verweisung nach § 225 a StPO
5. Verbindung und Trennung von Verfahren (§§ 4, 237 StPO)

IV. Die Durchführung der Hauptverhandlung

1. Verfahrensgrundsätze

- a) Mündlichkeit (§§ 261, 264 StPO)
- b) Öffentlichkeit, insbesondere Möglichkeiten des Ausschlusses der Öffentlichkeit (§§ 169 ff. GVG; Nrn. 131 - 133 RiStBV)
- c) Konzentrationsprinzip, insbesondere §§ 229, 268 Abs. 3 Satz 2 StPO

2. Verfahrensbeteiligte und ihre Stellung

a) Gericht

(1) **Besetzung** (v.a. § 76 GVG)

(2) **Ständige Anwesenheit** (§ 226 StPO)

Eintreten eines Ergänzungsrichters oder Ergänzungsschöffen (§ 192 GVG)
Belehrung der Schöffen (Nr. 126 RiStBV)

(3) **Prozessleitung des Vorsitzenden**

Aufteilung in Verhandlungsleitung (insbesondere Sitzungspolizei, § 176 GVG) und Sachleitung (§ 238 StPO)

Gestattung von Fragen und deren Zurückweisung (§§ 240, 241, 241 a, 242 StPO)

b) Protokollführer

Auswechslung

Dauerpräsenz (§ 226 StPO)

c) Staatsanwalt

Austauschbarkeit

Dauerpräsenz (§ 226 StPO)

Referendar als Vertreter der Staatsanwaltschaft (§ 142 Abs. 3 GVG)

Mehrere Staatsanwälte (§ 227 StPO)

Verhältnis zum Gericht (Nr. 123 RiStBV)

Pflichten des Staatsanwalts (Nr. 127 RiStBV)

Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung (Nr. 128 RiStBV)

d) Nebenkläger und Privatkläger

e) Angeklagter

Grundsatz: Anwesenheitspostulat des § 230 StPO

Vorführung oder Haftbefehl bei nicht erschienenem Angeklagten (§ 230 Abs. 2 StPO)

Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht (§§ 231 ff. StPO) einschließlich Zwangsentfernung des Angeklagten (§§ 247, 231 b StPO)

f) Verteidiger (insbes. Pflichtverteidiger, §§ 140, 141 StPO)

g) Dolmetscher (§§ 185 ff. GVG)

3. Protokollführung in Strafsachen (§§ 271 - 274 StPO)

- a) Bedeutung des Protokolls (§ 274 StPO)
- b) Inhalt des Protokolls
- c) Form (Nr. 144 RiStBV)
- d) Berichtigung

4. Ablauf der Hauptverhandlung (§ 243 StPO)

- a) Aufruf der Sache und Mitteilung der Besetzung des Gerichts, falls noch nicht geschehen und erforderlich (§ 222 a StPO)
- b) Feststellung der Anwesenheit der Beteiligten
- c) Belehrungen von Zeugen und Sachverständigen
- d) Vernehmung des Angeklagten zur Person
- e) Verlesung des Anklagesatzes durch den Staatsanwalt (§ 243 Abs. 3 StPO)
- f) Mitteilung, ob Erörterungen nach den §§ 202a, 212 StPO stattgefunden haben (§ 243 Abs. 4 StPO)
- g) Belehrung des Angeklagten (§ 243 Abs. 5 StPO) und dessen Vernehmung zur Sache
- h) Beweisaufnahme (§ 244 Abs. 1 und Abs. 2 StPO); Zeugnis-, Auskunft- und Eidesverweigerungsrechte (vgl. Nr. 130 RiStBV); Vereidigungsverbote; Aussagegenehmigung (§ 54 StPO)
- i) Vorstrafenfeststellung (§ 243 Abs. 5 Satz 3, Satz 4 StPO; Nr. 134 RiStBV)
- j) Schlussvortrag des Staatsanwalts, insbesondere Form und Aufbau des Schlussvortrages (§ 258 Abs. 1 StPO; Nr. 138 RiStBV); Schlussvortrag des Verteidigers
- k) Letztes Wort des Angeklagten (§ 258 Abs. 2 u. Abs. 3 StPO)
- l) Urteilsberatung (§ 260 Abs. 1 StPO, §§ 193 - 198 GVG), insbesondere Abstimmung (§ 263 StPO, §§ 195, 196 GVG)
- m) Urteilsverkündung und mündliche Begründung (§§ 260, 268 StPO)
- n) Rechtsmittelbelehrung (§ 35 a StPO; Nr. 142 RiStBV)

5. Recht der Beweisaufnahme

a) Beweisgrundsätze

- (1) Untersuchungsgrundsatz (§ 244 Abs. 2 StPO)
- (2) Freibeweis und Strengbeweis
- (3) Unmittelbarkeitsgrundsatz (§ 250 StPO) und seine Durchbrechung (insbes. kommissarische Vernehmung, Verlesung von Zeugenaussagen und Vernehmung von Verhörspersonen (§§ 251 ff. StPO), audiovisuelle Zeugen- und Sachverständigenvernehmung (§§ 247 a, 58 b StPO), Vorführung der Bild- und Tonaufzeichnung (§§ 58 a, 255 a StPO), erweiterter Urkundenbeweis (§ 256 StPO)
- (4) Grundsatz der freien Beweiswürdigung (§ 261 StPO)
- (5) Beweisverbote und Beweisverwertungsverbote

b) Beweismittel

- (1) Einlassung des Angeklagten, insbes. Verlesung früherer Angaben (§ 254 StPO)
- (2) Zeugen (Vernehmungsablauf, Vorhalt, Entscheidung über die Beeidigung)
- (3) Sachverständige (§§ 72 ff. StPO), insbesondere schriftliche Gutachten (§ 256 StPO) und Beeidigung
- (4) Augenschein (§ 86 StPO)
- (5) Urkundenbeweis (§§ 249 ff. StPO)

c) Umfang der Beweisaufnahme, §§ 244 Abs. 2, 245 StPO

d) Behandlung von Beweisanträgen und Hilfsanträgen

Abgrenzung von Beweisanträgen und Beweisermittlungsanträgen (§§ 244 Abs. 3 - 6, 245 StPO)

6. Folgen der Unzuständigkeit, §§ 269, 270 StPO

V. Vorbereitung und Durchführung der Hauptverhandlung aus der Sicht des Strafverteidigers

1. Technische Vorbereitung

- a) Vollständige Kopien der Gerichtsakten
- b) Zeugenliste
- c) Notwendige Gesetzestexte

2. Überprüfung und Festlegung des Aussageverhaltens mit dem Mandanten

- a) Aussageverweigerung
- b) Einlassung zur Sache
- c) Wechsel von Aussageverweigerung zu Einlassung

3. Möglichkeit der unmittelbaren Ladung durch den Angeklagten (§§ 218 ff. StPO)

4. **Anträge zu Beginn der Hauptverhandlung**
 - a) Zuständigkeits- und Besetzungsrügen
 - b) Anträge wegen Besorgnis der Befangenheit

5. **Mündliche oder schriftliche Einlassung zur Sache; Eröffnungserklärung**

6. **Beweisantragsrecht**
 - a) Begriff des Beweisantrags
 - b) Notwendiger Inhalt
 - c) Beweisermittlungsanträge, bedingte Beweisanträge, Hilfsbeweisanträge, Beweis Anregungen
 - d) Zeitpunkt der Antragstellung
 - e) Ablehnung von Beweisanträgen (§ 244 III-VI, 245 StPO)

7. **Zeugenvernehmung**

8. **Erklärungsrechte des Verteidigers gem. § 257 Abs. 2 StPO**

9. **Verständigung, § 257 c StPO**
 - a) Verfassungsrechtliche Vorgaben
 - b) Inhalte zulässiger Urteilsabsprachen
 - c) Verfahren der Urteilsabsprache
 1. Mitteilungspflichten aus § 243 Abs. 4 StPO
 2. Ablauf der Verständigung
 3. Belehrungspflicht aus § 257 c Abs. 5 StPO
 4. Dokumentationspflichten aus § 273 Abs. 1 a StPO

10. **Der Schlussvortrag**
 - a) Ausführungen zur Person des Angeklagten
 - b) Ausführungen zum Vorwurf in der Anklageschrift unter Bewertung dieses Vorwurfs nach durchgeführter Hauptverhandlung
 - c) Ausführungen zur Rechtslage
 - d) Strafzumessung
 - e) Grundsatz „in dubio pro reo“

11. **Vorbereitung des Mandanten auf das letzte Wort**

D. Das Plädoyer/Urteil in Strafsachen

I. Urteilsarten

1. Sachurteil (§ 260 Abs. 1 StPO); Einstellungsurteil (§ 260 Abs. 3 StPO)
2. Verurteilendes (§ 267 Abs. 1, 2, 3 StPO), freisprechendes (§ 267 Abs. 5 StPO) und teilweisprechendes Urteil
3. Urteil in üblicher und abgekürzter Form (§ 267 Abs. 4 Satz 3, Abs. 5 Satz 2 StPO)

II. Form und Inhalt der verurteilenden Entscheidung

1. Bestandteile des Urteils

Urteilseingang (§ 268 Abs. 1 StPO), Rubrum (§ 275 Abs. 3 StPO), Tenor (§ 260 Abs. 1, Abs. 4 StPO), Liste der angewendeten Strafvorschriften (§ 260 Abs. 5 StPO), Urteilsgründe (§ 267 StPO), Unterschrift (§ 275 Abs. 2 StPO)

2. Tenorierungsprobleme

Tateinheit und Tatmehrheit
 Gesamtstrafe
 Nebenstrafen und Nebenfolgen
 Maßnahmen der Besserung und Sicherung (§§ 61 ff. StGB)
 Straffreierklärung
 Absehen von Strafe
 Wahlfeststellung

3. Aufbau und Stil der Urteilsgründe

Darstellung der persönlichen Verhältnisse des Angeklagten; Sachverhaltsschilderung; Beweiswürdigung; rechtliche Würdigung unter Berücksichtigung des prozessualen Tatbegriffs; Strafzumessungsgründe; Kostenentscheidung

4. Grundfragen der Strafzumessung

Grundsätze der Strafzumessung (§ 46 StGB)
 Bildung der Gesamtstrafe (§§ 53 ff. StGB) **einschließlich nachträgliche Gesamtstrafe (§ 55 StGB)**
 Zusammentreffen von Geld- und Freiheitsstrafe (§ 54 Abs. 3 StGB)
 Freiheitsstrafe unter 6 Monaten (§ 47 StGB)
 Strafaussetzung zur Bewährung (§§ 56 ff. StGB)
 Verwarnung mit Strafvorbehalt (§§ 59 ff. StGB)
 Maßnahmen der Besserung und Sicherung (vor allem Entziehung der Fahrerlaubnis)
 Nebenstrafe (Fahrverbot)
 Einziehung und Vermögensbeschlagnahme

III. Form und Inhalt des freisprechenden Urteils

1. Bestandteile des Urteils

Vgl. oben unter D. II. 1.

2. Aufbau und Stil der Urteilsgründe

Schilderung des Tatvorwurfs

Ergebnis der Hauptverhandlung

Beweiswürdigung bzw. rechtliche Würdigung (§ 267 Abs. 5 Satz 1 StPO)

Beachtung des Grundsatzes „in dubio pro reo“

Kostenentscheidung

IV. Form und Inhalt des teilweisprechenden Urteils

1. Bestandteile des Urteils

Vgl. oben unter D. II. 1.

2. Aufbau und Stil der Urteilsgründe

Darstellung der persönlichen Verhältnisse des Angeklagten

Schilderung des zur Verurteilung führenden Sachverhalts einschließlich Beweiswürdigung und rechtlicher Würdigung; Strafzumessungsgründe; Schilderung des freizusprechenden Tatvorwurfs (unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Hauptverhandlung) einschließlich Beweiswürdigung bzw. rechtlicher Würdigung

Kostenentscheidung

V. Einstellungsurteil

1. Abgrenzung zur Einstellung außerhalb der Hauptverhandlung (§ 206 a StPO)

2. Darstellung typischer Verfahrenshindernisse im Rahmen des § 260 Abs. 3 StPO

VI. Die Rechtskraft und ihre Durchbrechung

1. Formelle Rechtskraft

2. Materielle Rechtskraft

a) Wirkung

b) Gegenstand der Rechtskraft

3. Durchbrechung der Rechtskraft

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung einer Rechtsmittelfrist (§§ 44 ff. StPO)

E. Die Rechtsmittel im Strafprozess

I. Berufung (Grundzüge)

1. Wesen

Neue Tatsachen- und Rechtsinstanz zur Überprüfung erstinstanzlicher Urteile

Möglichkeit der Berufungsbeschränkung im Schuld- und Strafausspruch (§§ 318, 327 StPO) - Probleme der doppelrelevanten Tatsachen

2. Zulässigkeitsvoraussetzungen

(ggf. Annahme d. Berufung, § 313 StPO)

3. Ablauf des Berufungsverfahrens

Schwerpunkte:

Funktionelle Zuständigkeit des Berufungsgerichts (§§ 74 Abs. 3 GVG, 76 Abs. 1 GVG)

Rechtsfolgen bei Nichterscheinen des Angeklagten (§ 329 StPO)

Verlesung von Schriftstücken und Aussagen (§ 325 StPO)

Verbot der reformatio in peius (§ 331 StPO)

4. Grundfragen der Antragstellung

Verwerfung der Berufung als unzulässig bei Mängeln der Berufungseinlegung (§ 322 Abs. 1 StPO)

Verwerfung der Berufung bei sachlicher Richtigkeit des Ersturteils

Aufhebung des Ersturteils und eigene Sachentscheidung des Berufungsgerichts (§ 328 Abs. 1 StPO)

Aufhebung des Ersturteils und Zurückverweisung des Verfahrens (§ 328 Abs. 1, 2 StPO)

II. Revision

1. Wesen

Überprüfung des angefochtenen Urteils lediglich in rechtlicher Hinsicht

Grundsätzliche Bindung des Revisionsgerichts an den von der Vorinstanz festgestellten Sachverhalt

Möglichkeit der Revisionsbeschränkung im Schuld- und Strafausspruch (Problem d. doppelrelevanten Tatsachen)

2. Zulässigkeitsvoraussetzungen

Schwerpunkte:

Möglichkeit der Sprungrevision (§ 335 StPO)

Unterscheidung zwischen Revisionseinlegung (§ 341 StPO) und Revisionsbegründung (§§ 344, 345 StPO)

Unterscheidung zwischen Sach- und Verfahrensrügen, § 344 Abs. 2 Satz 1

und Satz 2 StPO, Kreis der Revisionsberechtigten (§§ 296, 390 Abs. 1 StPO, 401 Abs. 1 StPO), Verwerfungskompetenz der Vorinstanz (§ 346 StPO)

3. Begründetheit der Revision

a) Prozessvoraussetzungen und Prozesshindernisse

b) Sonstige Verfahrensverstöße der Vorinstanz

Unterscheidung von absoluten (§ 338 StPO) und relativen Revisionsgründen (§ 337 StPO)

Bedeutung des Protokolls für die Revisionsrügen

Darstellung typischer Verfahrensfehler bei Zeugenvernehmungen, Beweisanträgen, Verlesung von Urkunden usw.

c) Sachrüge

Unterschied zwischen Verfahrens- und Sachrüge

Subsumtions- und Darstellungsrüge

Umfassende Prüfungsbefugnis des Revisionsgerichts über die konkrete materiell-rechtliche Rüge hinaus

Darstellung typischer materiell-rechtlicher Verstöße bei der Würdigung von strafrechtlichen Tatbestandsmerkmalen, bei der Strafzumessung usw.

4. Ablauf des Revisionsverfahrens, § 350 ff. StPO

5. Arten, Inhalt und Form der Entscheidung

Verwerfung ohne Hauptverhandlung, § 349 StPO

Aufhebung mit und ohne tatsächliche Feststellungen, § 353 StPO

Eigene Sachentscheidung bzw. Zurückverweisung, § 354 StPO

6. Bindungswirkung, § 358 StPO, Teilrechtskraft

III. Beschwerde (Grundzüge)

1. Wesen

Rechtsmittel gegen richterliche Beschlüsse und Verfügungen, die keine Urteile darstellen.

2. Arten

- a) Einfache Beschwerde (§ 304 StPO)
- b) Sofortige Beschwerde (§ 311 StPO)
- c) Weitere Beschwerde (§ 310 StPO)

3. Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsbehelfen

- a) Förmliche Beschwerde gegen sitzungspolizeiliche Maßnahmen (§ 181 GVG)
- b) Formlose Rechtsbehelfe
Erinnerung, Gegenvorstellung, Aufsichtsbeschwerde

4. Zulässigkeitsvoraussetzungen

5. Ablauf des Beschwerdeverfahrens

6. Entscheidung

Arten der gerichtlichen Entscheidung bei unzulässiger, unbegründeter, ganz oder teilweise begründeter Beschwerde

F. Besondere Verfahrensarten

I. Strafbefehlsverfahren (§§ 407 - 412 StPO)

1. Voraussetzungen (Nr. 175 - 177 RiStBV)

2. Entscheidung über den Strafbefehlsantrag durch den Richter

- a) Erlass des Strafbefehls
- b) Ablehnung des Strafbefehlsantrags aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen
- c) Anberaumung der Hauptverhandlung (§ 408 Abs. 3 StPO; Nr. 178 RiStBV)
- d) Veranlassung weiterer Aufklärung
- e) Sonderfall: Strafbefehl nach Eröffnung des Hauptverfahrens, § 408 a StPO

3. Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Richters

4. Wirkung des Strafbefehls, Rechtskraft (§ 410 Abs. 3 StPO)

5. Wiedereinsetzung bei Versäumung der Einspruchsfrist (§ 44 StPO) und Wiedereinsetzungsverfahren (§§ 45 ff. StPO)

II. Nebenklage (§§ 395 - 402 StPO)

1. Bedeutung der Nebenklage

2. Voraussetzungen für den Anschluss

Insbesondere:

- a) Erhebung der öffentlichen Klage
- b) Anschlussbefugnis, § 395 StPO

3. Form der Anschlussklärung (§ 396 Abs. 1 StPO)

4. Zulassung der Nebenklage (§ 396 Abs. 2 StPO)

5. Folgen fehlerhafter Entscheidungen bei der Zulassung der Nebenklage

6. Stellung des Nebenklägers im Verfahren

- a) Rechte während der Hauptverhandlung (Fragerechte, Beweisanträge, Schlussvorträge, §§ 397, 397 a StPO)
- b) Verfahrensfortgang bei unterbliebener Ladung des Nebenklägers
- c) Widerruf der Anschlussklärung und Tod des Nebenklägers (§ 402 StPO)
- d) Zeugeneigenschaft und Nebenklägerstellung
- e) Abgrenzung zu weiteren Rechten des Verletzten (insbesondere §§ 403 ff. StPO)

7. Nebenklage im Rechtsmittelverfahren

Insbesondere Einschränkungen der Rechtsmittelbefugnis